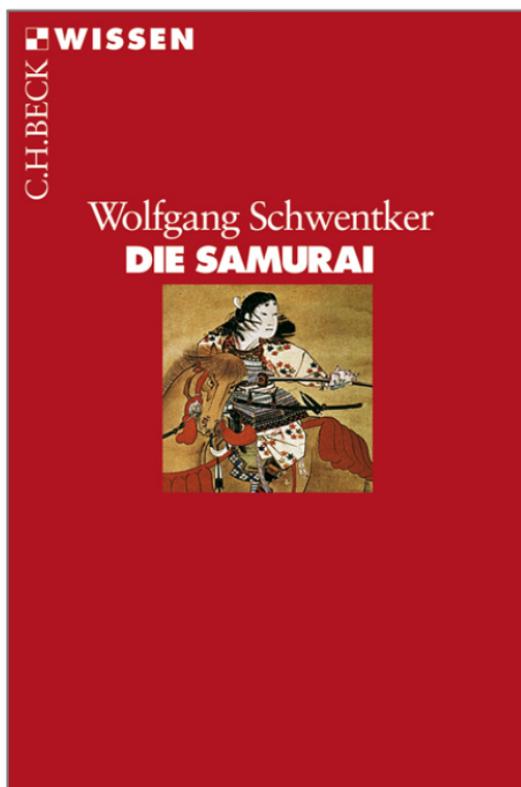


Unverkäufliche Leseprobe



Wolfgang Schwentker  
Die Samurai

132 Seiten, Paperback  
ISBN: 978-3-406-47988-5

## **II. Die Anfänge der Samurai**

Es kommt nicht eben häufig vor, daß ein angesehener Gelehrter sein frühes Meisterwerk 25 Jahre nach dem Erscheinen grundlegend überarbeitet, dabei seine älteren Thesen selbst in Zweifel zieht und sie schließlich revidiert. Der amerikanische Mediävist

Jeffrey P. Mass hat 1999 genau dies getan. Während er in seinem älteren Werk die Begründung der Militärherrschaft durch Minamoto no Yoritomo um 1200 noch für einen revolutionären, von den Provinzen ausgehenden Vorgang hielt, betont er nun die evolutionäre Entwicklung der Samurai innerhalb des herrschenden Systems: Statt von «Warrior Government» ist im neuen Titel von einem «Dual Government» die Rede. Die Macht in Staat und Gesellschaft fällt nach diesem Modell dem Hof in Kyôto und dem Shôgunat in Kamakura in etwa gleichen Teilen zu.

Mass nahm mit diesem Interpretationsmodell neuere Ergebnisse der japanischen und amerikanischen Forschung auf. Sie erteilten den überkommenen Deutungen, wonach die Samurai allein aus dem grundbesitzenden Landadel hervorgegangen waren, eine Absage. Altmeister des Fachs wie der in den 1920er Jahren auch im Westen bekannte Asakawa Kan'ichi oder nach ihm George Sansom hatten immer wieder die Bedeutung des Gempei-Krieges 1180–1185 als Epochenschwelle betont. In diesem Kampf um die Vorherrschaft in Japan wurde die Sippe der Taira vernichtend geschlagen, und die Minamoto übernahmen mit dem wenig später begründeten Shôgunat die Macht. Sie hätten damit nur ein Machtvakuum ausgefüllt, das die Aristokratie in Kyôto habe entstehen lassen. Von diesem negativ akzentuierten Bild des Hofes bleibt in der neueren Forschung nicht mehr viel übrig. Eher wird hervorgehoben, daß Kaiser und höfische Eliten die Rebellionen aufbegehrender Kriegerverbände in den Provinzen, vor allem in der Kantô-Region um das heutige Tôkyô, bis weit ins 12. Jahrhundert hinein erfolgreich niederschlagen konnten und sich dabei selbst schlagkräftiger Truppen zu bedienen wußten. Diesen Deutungswandel in der Geschichte der ersten Samurai hat der amerikanische Historiker Karl F. Friday vor wenigen Jahren wie folgt beschrieben: «It was largely court activism – not inactivity – in military matters that put swords in the hands of the rural elite» (Friday 1992: 7). Gleichzeitig aber betonen er wie auch andere zu einseitig die weit in die Nara- und Heian-Zeit zurückgehenden militärischen Wurzeln der Samurai, ohne auf deren agrarökonomische Basis noch be-



Abb. 1: Japan und Korea zur Zeit des Yamato-Reiches um 500 n. Chr.

sonderes Gewicht zu legen. Es ist zweifellos richtig, die Kontinuitäten zu den kriegerischen Traditionen der älteren Clans und der militärischen Ordnung des frühen japanischen Zentralstaats deutlicher als früher herauszustellen; sie sind ein wichtiges Element in der Entstehungsgeschichte des japanischen Kriegerstandes. Man würde aber fehlgehen, die Rolle der Samurai als Binnenkolonisatoren und Rodungsherren, etwa ab Mitte der Heian-Zeit, zu unterschätzen. Eher wird man die Doppelfunktion der Samurai als mit Pfeil und Bogen bewaffneter Reiterkrieger und als lokaler, selbst wirtschaftender Grundherren herausstellen dürfen.

## Krieger im alten Japan

Trotz vielfältiger Bemühungen hat die Archäologie die japanische Frühgeschichte auch heute noch nicht gänzlich von Mythen und Legenden befreit. Unsere Kenntnisse über das alte Japan entstammen chinesischen Dynastiegeschichten wie dem «Wei-chih» aus dem 3. Jahrhundert oder japanischen Annalenwerken wie dem «Kojiki» und dem «Nihon shoki» (offiziell auch «Nihongi»), die im 8. Jahrhundert vollendet wurden. Sie waren politische Auftragsarbeiten und dienten dem seit 673 amtierenden *tennô* Tenmu und seinen Nachfolgern zur Legitimation ihrer Herrschaft. Fakten und Fiktion sind in diesen Chroniken vermischt, was sie als historische Quellen fragwürdig, aber nicht grundsätzlich unzuverlässig macht. Gleichwohl können die Historiker auf sie in Ermangelung anderer Zeugnisse nicht verzichten. In diesen Werken tauchen dort, wo die Gründungsgeschichte Japans rekonstruiert und gleichzeitig mythisch erklärt wird, auch die sogenannten *kume* auf, die zuerst als wehrhafte Bergbauern in der Umgebung des heutigen Ôsaka Gemüse und Getreide anbauten, der Jagd mit Fallen nachgingen und später im Zuge der Etablierung kleinerer Lokalherrschaften auch kürzere kriegerische Raubzüge unternahmen. Darüber hinaus sind in den älteren Annalen Krieger erwähnt, die um die Wende vom 4. zum 5. Jahrhundert in Korea an Kämpfen beteiligt waren. Es gilt als sicher, daß in diesen Jahrhunderten enge Verbindungen zwischen Korea und Japan bestanden und japanische Militärverbände an der Seite von Paekche, einem der altkoreanischen Staaten, kämpften. Dieser mußte sich nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen 663 dem ostkoreanischen Staat Silla geschlagen geben, was dazu führte, daß der Yamato-Staat seinen Stützpunkt im südkoreanischen Mimana verlor und viele Krieger japanischer und koreanischer Abstammung nach Japan zurückkehrten. Daß zu diesen Verbänden auch die *kume-be* als militärische Berufsverbände gehörten, gilt als wahrscheinlich. Sie übten jedenfalls im frühen Yamato-Staat Kriegs-, Polizei- und Henkersdienste aus. Als Berufsstand wurden sie aus politischen Gründen erst um 600 aufgelöst. In den

späteren Chroniken hat man sie als «Vorbild des loyalen und heldenhaften Kriegers im Dienste des Kaiserhauses» idealisiert (N. Naumann 1982: 122).

Aus den genannten Quellen und diversen archäologischen Funden hat die Forschung über die Anfänge eines Kriegerstandes, den wir noch nicht mit den Samurai gleichsetzen dürfen, verschiedene Hypothesen entwickelt. Am bekanntesten ist wohl die Annahme, daß es Reiterkrieger gegeben habe, die von Korea aus auf die südlichste Hauptinsel Kyûshû gelangten und von dort aus die japanischen Kleinstaaten der *wa* unterworfen haben, bevor sie in Zentraljapan die Dynastie von Yamato errichtet haben. Andere Forscher vermuten, daß es keiner Einwirkung von außen bedurfte, sondern sich die Entstehung berittener Kriegerverbände aus der Jagdtradition von selbst ergeben habe. Unbestritten ist, daß der kontinentale Einfluß in Japan gegen Ende des 4. Jahrhunderts – eine Zeit der Völkerwanderung in Asien – spürbar zunahm. Abzulesen ist dies im militärischen Bereich unter anderem an der Art der Rüstungen. Die bekannten Tonfiguren (*haniwa*) zeigen auch Krieger in Rüstungen, die denen der chinesischen und koreanischen Soldaten mit ihren überbordenden Schulterklappen auffallend ähneln. Es spricht deshalb einiges dafür, wenn man die kontinental-asiatischen Einflüsse für die Frühzeit der japanischen Militärgeschichte besonders betont.

### Das Militär im frühen Zentralstaat

Im 6. Jahrhundert zeichneten sich allmählich die Grundstrukturen einer neuen politischen Ordnung ab. An der Spitze dieses Systems standen miteinander verbundene Sippen (*uji*) der Oberschicht, die in Yamato – der Gegend um das heutige Nara – eine Dynastie begründet hatten. Die Oberhäupter dieser Yamato-Konföderation beanspruchten nicht nur die Gewalt in ihren eigenen Territorien, sondern machten darüber hinaus auch Herrschaftsrechte für die anderen Teile des Landes geltend. Dort hatten bislang die Ältesten der Clans mehr oder weniger eigenständig regiert. Nun sahen sie sich mit den Herrschafts-

ansprüchen der Yamato-Dynastie konfrontiert. Sie wurden teils mit friedlichen Mitteln, teils mit Gewalt in die neue Ordnung integriert. Das damals beherrschbare Territorium – die südliche Hälfte der Hauptinsel Honshû sowie die anderen beiden großen Inseln Shikoku und Kyûshû – wurden in Provinzen (*kuni*) untergliedert und die Führer der alten Sippen als Gouverneure (*kuni no miyatsuko*) eingesetzt. Ihre politische Macht wurde also nicht grundsätzlich in Frage gestellt; vielmehr schob sich der Zentralstaat als neue Instanz zwischen die Oberschichten und die handwerklichen und bäuerlichen Bevölkerungsgruppen, indem er die Leiter der *uji* mit neuer, zusätzlicher Autorität ausstattete.

Bis dahin hatten die Provinzen eigene Truppen aufgestellt, die sich aus den Verbänden der wehrhaften Bergbauern, die wir bereits oben kennengelernt haben, zusammensetzten. Sie nahmen nach außen hin militärische Aufgaben wahr, wie etwa die Mitwirkung an Eroberungszügen und die Verteidigung des eigenen Territoriums; im Innern übten sie polizeiliche und strafrechtliche Funktionen aus. Als Bezeichnung für diese Soldaten setzte sich in diesen Jahren der Begriff *mononofu* durch, eine frühe japanische Lesart des sino-japanischen *bushi*. Der Grund dafür, eine signifikante Benennung für die Mitglieder der militärischen Verbände zu finden, war wohl, daß ihre Aufgaben wirklich rein militärischer bzw. polizeilicher Natur waren und daß damit ein bestimmter Status verbunden war. Ihre Zahl nahm jedenfalls im 6. Jahrhundert deutlich zu. Im Auftrag des Yamato-Staates und der verschiedenen *kuni* beteiligten sich die *mononofu* an den Korea-Expeditionen und wirkten bei der Niederschlagung von Rebellionen mit, wie etwa beim Aufstand des Iwai-Clans aus Kyûshû im Jahre 527. Darüber hinaus sicherten sie als Grenzgänger die Front gegenüber den «nördlichen Barbaren», stellten die Gardetruppen bei Hofe und übernahmen als berittene Krieger die wichtigen Botendienste. Insbesondere in dieser letzten Funktion waren sie Teil der mobilen Infrastruktur des sich formierenden Zentralstaats.

Der Prozeß der fortschreitenden Vernetzung von Herrschaftsinstitutionen setzte sich auch im 7. Jahrhundert fort. Er führte

schließlich zur endgültigen Auflösung der Stammesherrschaften und zur Herausbildung einer neuen Gesellschaftsordnung, in der nun der Adel am Hof den Ton angab. Gleichwohl legten auch die Herrscher des Yamato-Staates weiterhin Gewicht auf alle Fragen, die die Durchsetzung ihrer Politik betrafen; und dies war in der Regel nur unter Anwendung von Gewalt möglich. Eine Zäsur stellte der politische Umsturz des Jahres 645 dar, mit dem Prinz Naka no Ôe, der spätere Kaiser Tenji, der Vorherrschaft des Soga-Clans ein Ende bereitete. Wie später noch oft, war auch dieses Mal der Herrschaftswechsel mit einer Verlagerung der Residenz verbunden, und zwar vom Soga-Territorium in Asuka nach Naniwa, dem heutigen Ôsaka. Dies war aber nur der symbolische Ausweis für einen großen sozialen und politischen Wandel, der im Jahr 646 in einem bedeutenden Edikt angekündigt wurde. Im Zuge dieses lang andauernden Wandels, dem die Historiker den Namen «Taika-Reformen» gegeben haben, wurde nach chinesischem Vorbild der gesamte private Landbesitz konfisziert, in staatliches Eigentum überführt und auf der Grundlage von Katastern neu verteilt. Darüber hinaus wurde auch der private Besitz von Menschen verboten, wengleich auch spätere Gesetze noch die «Unfreien» kannten. Die älteren Berufsverbände, darunter auch die wehrhaften Bergbauern, wurden abgeschafft und damit die Machtbasis der Clans in den Provinzen entscheidend geschwächt. Der Aufbau einer effizienteren Verwaltung von Residenz und Provinzen, ein neues Steuersystem und die Entsendung von verdienten Adelligen als Verwaltungsbeamte in alle Landesteile führten insgesamt zu einer deutlichen Stärkung des Zentralstaats.

Dem standen die verschiedenen Militärreformen im 7. Jahrhundert zur Seite. Sie sollten nicht nur helfen, die neue Ordnung im Innern zu konsolidieren, sondern sollten den Staat in die Lage versetzen, sich einer möglichen chinesischen Expansion entgegenstellen zu können. Zu diesem Zweck hatte Kaiser Tenmu, der 673 selbst durch Waffengewalt an die Macht gekommen war und mit der Vertreibung der alten Sippen vom Hofe das Kaisertum in Japan endgültig durchsetzte, sechs Jahre später in einem speziellen Edikt die Bedeutung militärischer Fragen

für seine Regierung bekräftigt und demgemäß verfügt: «Alle zivilen und militärischen Amtsträger sollen sich in Waffen und im Reiten üben. Pferde, Waffen und persönliche Ausstattung (Kleidung) muß in ausreichendem Maße gestellt werden. Wer ein Pferd besitzt, wird Soldat der Kavallerie, wer keines hat, gehört der Infanterie an» (Friday 1992: 12). Die Oberaufsicht wurde einem eigens dafür berufenen «Minister für Militärangelegenheiten» (*hyôbushô*) übertragen. Die Ausweitung der zentralen Kontrolle war dabei aber nur ein Charakteristikum für den militärischen Wandel. Wichtiger war ein zweiter Aspekt: Militärdienst war kein Privileg weniger mehr und einem bestimmten Berufsstand vorbehalten, sondern eine öffentliche Aufgabe für alle. Nach dieser Maßgabe wurden alle Männer im Alter zwischen 20 und 59 Jahren (außer Adelligen und Kranken) zum Militärdienst eingezogen. Bei der Erfassung der dienstpflichtigen Soldaten (*heishi*) taten die Grundkataster gute Dienste. In der Regel wurde ein Drittel der Männer einer Provinz auf eine entsprechende Liste gesetzt, um abwechselnd ihren Militärdienst zu versehen. Die aktive Dienstzeit betrug etwa vier Jahre, von denen man insgesamt ein Jahr in der Hauptstadt und drei Jahre in anderen Provinzen, meist in Grenzregionen, verbringen sollte. Der Dienst konnte aber auch bei Regimentern in der Nähe der Wohnorte abgeleistet werden. Etwa 35 Tage im Jahr übten sich die Männer im Schwertkampf, versahen Wachaufgaben an den Vorratsspeichern oder begleiteten hochgestellte Beamte auf ihren Reisen. Der Vorteil dieses Systems war, daß die soziale und ökonomische Basis der einzelnen Provinzen nicht dauerhaft gefährdet war, wenn etwa ein Drittel der Wehrpflichtigen Dienst tat. Zum Teil wurde auf persönliche Belange oder saisonale Besonderheiten, etwa auf Zeiten der Aussaat und Ernte, Rücksicht genommen.

Der frühe japanische Zentralstaat verfügte also nicht über ein stehendes Heer, sondern über ein Milizsystem, das sich vorwiegend, je nach Rang und Besitz, aus dem niederen Provinzadel und der großen Zahl bäuerlicher Besitzer rekrutierte. Die Führungs- und Aufsichtsränge waren natürlich den kaiserlichen Beamten vorbehalten, die entweder aus dem Hofadel kamen oder

aus den älteren Führungsschichten der Provinzen. Eine militärische Einheit (*gun*) konnte aus ca. 3000 bis 12000 Mann bestehen und wurde von einem General (*shôgun*), seinem Stellvertreter (*fukushôgun*) und diversen Offizieren befehligt. Am Sitz des Kaisers waren Elitetruppen stationiert. Sie setzten sich aus fünf größeren Regimentern (*goefu*) zusammen. Zu ihren Aufgaben gehörte der Schutz des Kaisers, die aktive Teilnahme an höfischen Zeremonien sowie die Verrichtung von Wachdiensten an den Toren und in den Vierteln der Stadt.

### Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht

Bis zum 8. Jahrhundert war es in Japan nicht zur dauerhaften Herausbildung einer Hauptstadt gekommen. Jeder Kaiser wählte sich bei Regierungsantritt eine neue Residenz. Dies änderte sich erst mit der Errichtung von Heijôkyô, dem heutigen Nara, das, nach chinesischen Vorbildern angelegt, in den Jahren zwischen 708 und 712 vollendet wurde. Die großartige Pracht dieser Stadt mit ihren repräsentativen Regierungsgebäuden und zahlreichen buddhistischen Tempelanlagen war das augenfälligste Zeugnis für ein gestärktes Selbstbewußtsein der politischen Zentrale und gleichzeitig der sinnfällige Ausdruck einer kulturellen Blütezeit. In diese knapp einhundert Jahre währende Epoche, die die Historiker zu Recht mit dem Namen der Hauptstadt verbinden, fiel die religiöse Machtentfaltung des Buddhismus mit seinen zahlreichen Sekten. Mehrere Gesandtschaften an den Hof der chinesischen Tang-Dynastie unterstrichen, wen sich die japanische Gesellschaft im 8. Jahrhundert zum Vorbild nahm. Gleichzeitig vergaß man aber auch die eigene Kultur und Geschichte nicht; die ersten großen Geschichtswerke wie das «Kojiki» («Berichte über alte Begebenheiten»; 712) und das «Nihon shoki» («Schriftliche Berichte über Japan»; 720) sowie die berühmte Gedichtsammlung «Man'yôshû» («Sammlung der 10000 Blätter»; 760) wurden in der Nara-Zeit fertiggestellt.

Das politische System und die soziale Ordnung basierte auf den Taihō- und Yōrō-Kodizes von 701 bzw. 718. Darin waren für das öffentliche Leben genaue Rechts- (*ritsu*) und Verwal-

tungsvorschriften (*ryô*) zusammengefaßt, weswegen man den Staat des 7. und 8. Jahrhunderts auch gerne als «Ritsu-ryô-Staat» bezeichnet. Ziel der gesetzlichen Vorgaben war es, die politische Macht des Kaisertums endgültig festzuschreiben und die Reste der lokalen Autonomie zu beseitigen. Die Gesellschaft wurde nach einem Idealbild in drei Gruppen unterteilt: in den Kaiser und seine Familie, in die freien Untertanen (*ryômin*, wörtlich «gute Menschen») und in die Unfreien (*senmin*, wörtlich «schlechte Menschen»). Der Aufbau der Verwaltung war chinesischen Vorbildern verpflichtet, aber er ging nicht völlig in diesen auf, sondern trug japanischen Besonderheiten Rechnung. Dies kam unter anderem in der Anordnung der höchsten Staatsorgane zum Ausdruck, die in ein Amt für den kaiserlichen Shintô-Kult und in eine Behörde für die Regierung unterteilt waren. Auch ein Prüfungssystem für die Beamten, wie wir es aus China kennen, bestand in Japan nicht. Die 66 Provinzen (*kuni* oder *koku*) wurden von Gouverneuren (*kokushi*) verwaltet, die aus dem Adel der Hauptstadt kamen. Den Distrikten (*kôri* oder *gun*) standen Beamte (*gunji*) vor, die sich aus den älteren lokalen Familienverbänden rekrutierten. Es handelte sich dabei um die gleiche Gruppe, die bereits vor den Taika-Reformen die Provinzbeamten gestellt hatte. Der Zentralstaat griff also stärker als bislang in die lokale Verwaltung ein; aber er hat in weiser Selbstbeschränkung mit ihren älteren Traditionen nicht vollends gebrochen oder gar die lokalen Magnaten düpiert.

Seit langem herrscht in der historischen Forschung Einvernehmen darüber, im Militärsystem das schwächste Glied des Ritsuryô-Staates zu sehen. Die Bauern verließen nur ungern ihre Höfe, um an entfernt gelegenen Orten und unter fremdem Oberbefehl ihren Dienst abzuleisten. Verschärft wurde ihr Unmut noch durch den Umstand, daß Regimentskommandeure die Fußtruppen nicht zu militärischen Zwecken einsetzten, sondern sie häufig als billige Arbeitskräfte mißbrauchten. Entwickelten sich doch bewaffnete Konflikte, waren Disziplin und Kampfgeist kaum vorhanden. Hinzu kam, daß die bäuerlichen Mitglieder der Infanterie, die das Gros des Heeres stellten, den berittenen, mit Pfeil und Bogen kämpfenden Gegnern oft hoff-

nungslos unterlegen waren. Dies hatten vor allem die Grenzkonflikte mit den im Norden Honshûs angesiedelten Volksgruppen der Emishi gezeigt.

Das ganze 8. Jahrhundert hindurch versuchten die diversen Herrscher, die damit verbundenen Probleme in den Griff zu bekommen. Die Reduktion der Streitkräfte seit 719 war zunächst ein Zeichen dafür, daß sich die Kaiser der Nara-Zeit relativ sicher fühlten; die Stadt Nara selbst war nicht mit einer Mauer zum Schutz vor Feinden umgeben. In den 730er Jahren war es darüber hinaus nötig, Militär und Bevölkerung wieder in ein ausgewogeneres Verhältnis zueinander zu bringen; zuvor hatte eine große Pockenepidemie die bäuerliche Bevölkerung in manchen Landesteilen bis zu 70 % dezimiert.

Gegen Ende der Nara-Zeit waren es dann vorwiegend ökonomische Gründe, die den Kaiser Kanmu dazu bewogen haben, im Jahre 792 (oder genauer, um einmal ein Beispiel für die japanische Chronologie der Ereignisse zu geben, am 14. Tag des 6. Monats im 11. Jahr der Ära Enryaku) die allgemeine Wehrpflicht ganz abzuschaffen und dafür die Aufstellung von kleineren Eliteeinheiten für die Hauptstadt und die Provinzen anzuordnen. Diese Maßnahme war ein Gebot der Not angesichts der pekuniären Auszehrung seitens der Regierung. Der vorübergehende Umzug des Kaisers von Heijôkyô (heute: Nara) nach Nagaokakyô im Jahre 784 und die gleichzeitige Errichtung einer noch prächtigeren Residenz in Heiankyô (heute: Kyôto) hatten Unsummen verschlungen. Hinzu kam die ebenfalls teure Niederwerfung der «nördlichen Barbaren» in der Tôhoku-Gegend. Hungersnöte, Seuchen und Naturkatastrophen taten ein übriges, die Finanzen aufzubrechen. Der Staat stand im letzten Jahrzehnt des 8. Jahrhunderts kurz vor dem Bankrott. Es mußte also schnell und hart gespart werden, und was lag da angesichts der ruhigen politischen Großwetterlage näher, als die Kosten für einen ineffizienten Militärapparat drastisch zu senken.

Natürlich war einem so machtbewußten *tennô* wie Kanmu klar, daß er nicht völlig auf Streitkräfte zu seinem Schutz und zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Stadt und Land verzichten konnte. Eine Woche nach Abschaffung der Wehrpflicht

verfügte er deshalb über seinen Staatsrat die Aufstellung von Spezialeinheiten nach dem Rotationsprinzip, bestehend aus berittenen *kondei* (wörtlich etwa: «kräftige Burschen»); gemeint waren damit die Söhne und jüngeren Brüder der Distriktbeamten, die bekanntlich dem Stand der älteren lokalen Grundherren entstammten. Dies verweist auf die Tradition und Kontinuität berittener Krieger in den verschiedenen Landesteilen, die das Edikt von 792 nun neu bestätigte. Aufgabe der *kondei* war es, die Waffenlager, die Poststationen und Hauptquartiere der Provinzverwaltungen zu schützen. Bemerkenswert ist, daß die in den Quellen auftauchenden Zahlen von nur wenigen tausend Kriegern erstaunlich gering waren. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß es außer den *kondei* wohl auch noch andere berittene Krieger gab, die allerdings nicht über deren Autorität verfügten. Ihre Aufgabe bestand auch nicht in der Abwehr äußerer Feinde. Wo wirklich die Außengrenzen gefährdet waren, kehrten einige Provinzen in Kyûshû bald wieder zur alten Wehrpflicht zurück. In anderen Regionen, wie etwa in Hitachi, blieben die *kondei* bis in die Zeit um 1300 ein wichtiger Ordnungsfaktor. Die historische Forschung erblickt deshalb heute in diesen *kondei* jenes bedeutsame Zwischenglied in der Militärgeschichte des alten Japan, das die Tradition der frühen Reiterkrieger des Yamato-Staates mit den Samurai des Kamakura-Shôgunats im 13. Jahrhundert verbindet.